

4,5 Millionen Euro weniger

Ammerbuch: Verzögerung bei „Schlossblick“ reißt Loch in Kasse.

Holger Weyhmüller

Dadurch, dass der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim den Bebauungsplan für das Entringer Baugebiet „Schlossblick“ für unwirksam erklärt hat (der „Gäubote“ berichtete ausführlich), verzögert sich der gesamte Prozess – die Gemeindeverwaltung muss in so manchem Punkt nachbessern, wie aus der Urteilsbegründung der fünf Richter, die seit Dienstag vorliegt, detailliert hervorgeht. Und das kostet Zeit. Hans-Erich Messner, der einstige stellvertretende Tübinger Landrat, der die Gemeinde berät, rechnet – wie bereits in der gestrigen Ausgabe berichtet – nicht damit, dass es bis Ende dieses Jahres gelingen wird, einen entsprechend nachgebesserten Bebauungsplan aufs Gleis zu bringen. Und das dürfte sich auf den Haushalt der Gemeinde, der sowieso auf Kante genäht ist, nicht zu knapp auswirken, wie Ammerbuchs Bürgermeisterin Christel Halm auf Nachfrage gegenüber dem „Gäubote“ mitteilte.

Im Klartext: Die Rathaus-Chefin rechnet verglichen mit den Zahlen im Haushalt 2023 mit Mindereinnahmen von schätzungsweise 4,5 Millionen Euro. Zu denen kommt es, weil ohne gültigen Bebauungsplan unter anderem keine Grundstücksverkäufe möglich sind. Die siebenstellige Summe resultiert allein aus diesen nun fürs Erste untersagten Verkäufen. Kämmerin Vanessa Schäfer habe deshalb kürzlich das Gespräch mit ihr gesucht, so Halm: „Sie hat zu mir gesagt: 'Jetzt haben wir ein Problem.'“

Ende Juli würden sich Verwaltung und Gemeinderat in einer Klausurtagung intensiv beraten. Denn das Loch in der Kasse könnte dafür sorgen, dass für dieses Jahr geplante Projekte verschoben werden müssen oder gar nicht umgesetzt werden können. Man dürfe allerdings auch nicht schwarzmalen, mahnte Ammerbuchs Bürgermeisterin. Den Klägern gegen den Bebauungsplan „Schlossblick“ mache sie keinerlei Vorwürfe, betont sie. „Ich akzeptiere das absolut. Der Gang vor ein Gericht zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines solchen Verfahrens ist völlig legitim. Wir leben schließlich – Gott sei Dank – in einem Rechtsstaat!“